



## Liebe Kollegin, lieber Kollege,

das Jahr liegt zum großen Teil hinter uns. 2023 ist ein besonders schwieriges Jahr, weil es wiederum von Inflation und von noch mehr Krieg geprägt ist. Trotzdem haben wir als ver.di Berlin-Brandenburg bereits sehr viel von dem hinbekommen, was wir uns vorgenommen haben.

Wir haben zum Teil exzellente Tarifabschlüsse verhandelt und unser Organisationswahljahr mit inhaltlich klarem Kurs für die nächsten vier Jahre und neuen Gesichtern in Bund und Landesbezirk sehr gut über die diversen Bühnen bekommen. Dies und all die vielen weiteren Aktivitäten, die Ehren- und Hauptamtliche dieses Jahr gewuppt haben, die beeindruckenden Tarifdemos, die vielen Stunden in Tarif- und Verhandlungskommissionen, das Engagement in den Betrieben für gute Arbeit und für mehr ver.di-Mitglieder haben die für mich schönste Nachricht des Jahres möglich gemacht: Wir wachsen wieder, deutlich und sogar über dem Bundestrend. Wir alle zusammen haben das erreicht – und dafür möchte ich mich bei allen bedanken.

Das ist einfach nur großartig – und in den jetzigen Zeiten besonders wertvoll!

Denn es macht uns noch stärker, in den Tarifverhandlungen und in unserem sozialpolitischen Engagement für ein noch lebenswerteres Brandenburg und Berlin. Und es wird uns helfen, die Dinge, die vor uns liegen und auf die wir uns schon vorbereiten, besser hinzukriegen.

Da möchte ich vor allem die tarifpolitischen Runden nennen, die viele Menschen in dieser Stadt persönlich betreffen: Die Tarifrunde öffentlicher Dienst, für die unsere Tarifkommission 10,5 Prozent Entgelterhöhung, aber mindestens 500 Euro mehr beschlossen hat; die Tarifverhandlungen mit der AWO Berlin und dem Arbeitgeberverband Paritätische Tarifgemeinschaft In Berlin, bei denen es darum geht, für tausende Kolleg\*innen endlich die Tariflücke zum Tarifvertrag der Länder zu schließen – sowie die beiden Tarifrunden im Handel.

Dieser Newsletter ist der beste Beleg dafür, was ver.di Berlin-Brandenburg in den vergangenen Monaten hinbekommen hat. Auf den kommenden zehn Seiten werden Euch tolle Tarifabschlüsse, zum Beispiel in den Krankenhäusern Brandenburgs oder bei der PIN AG begegnen – und unsere neue Adresse. Wir haben nämlich noch was vor: Im Dezember ziehen Landesbezirk und Bezirk Berlin an den neuen Standort im Westend.

In diesem Sinne wünsche ich Euch viel Spaß beim Lesen und einen schönen Herbst!

Eure Andrea

## Aktuelles aus den Fachbereichen

### Fachbereich A – Finanzdienste, Kommunikation, Technologie, Kultur, Ver- und Entsorgung

#### Mehr als 120 Solo-Selbstständige bei der ersten Mitmach- und Vernetzungskonferenz im neuen Berliner ver.di-Haus der Selbstständigen

Inspirierende Erfolgsgeschichten erzählten kämpferische Selbstständige auf der Mitmach- und Vernetzungskonferenz, die das neue Berliner ver.di-Haus der Selbstständigen am 16. September organisierte. Sieben Kolleg\*innen stellten ihre Initiative vor, in der sie sich gemeinsam mit anderen Solo-Selbstständigen für konkrete Verbesserungen in ihren Arbeits- und Lebensbedingungen engagieren. Den anschließenden Brunch und die parallel laufenden Arbeitsgruppen am Nachmittag nutzten die Teilnehmenden für regen Austausch und Vernetzung. Einen ausführlichen Bericht findest Du auf der [Webseite vom Haus der Selbstständigen](#).



Foto: AK LKS

Das ver.di-Haus der Selbstständigen bietet Solo-Selbstständigen Unterstützung bei der Gründung und Weiterentwicklung von interessenpolitischen Initiativen in Form von Gruppenberatung und Organiserungs-Werkstätten. Melde dich beim [HDS Newsletter](#) an, um nichts zu verpassen. Kontakt und weitere Infos findest Du auf der [HDS Webseite](#).

#### Viele Dual Studierende der bei Telekom treten bei ver.di ein

Zusammen mit der Auszubildenden Vertretung (AV) Telekom haben wir im September insgesamt 46 Azubis und 20 Dual Studierende bei der Telekom begrüßt. Dabei machte die AV Telekom deutlich, wie wichtig die Zusammenarbeit mit ver.di ist und welchen Wert wir innerhalb der Telekom haben. Mit einem Spiel veranschaulichten die AVler\*innen sehr gut, wie wichtig der Zusammenhalt bei Forderungen für einen Tarifvertrag ist. Das Feedback der Azubis war durchweg positiv.



Foto: ver.di BB

Natürlich haben wir die Tarifrunde Telekom 2024 zum Anlass genommen, um die jungen Kolleg\*innen darauf einzuschwören und die Bedeutung von Tarifverträgen zu festigen. Dabei unterstützte die Betriebsgruppe Telekom Jugend aus Berlin/Brandenburg enorm. Weitere Termine mit Dual Studierenden stehen in den kommenden Wochen an.

#### Neue Azubis der Berliner Wasserbetriebe sind Feuer und Flamme

Bei der Kennenlernfahrt für die neuen Azubis der Berliner Wasserbetriebe in Störizland Anfang September traten über 50 neue Kollegen und Kolleginnen mit Überzeugung ihrer Gewerkschaft ver.di bei. Neben Floßbau und Treffen mit den Ausbilder\*innen durfte auch dieses Jahr wieder das JAV & ver.di-Seminar nicht fehlen. Die neuen Kolleg\*innen waren beim Planspiel einer Tarifrunde Feuer und Flamme und schmiedeten



Foto: ver.di BB

schon Pläne für Aktionen zur nächsten Tarifrunde, die 2024/25 im öffentlichen Dienst wieder ansteht.

Die Azubis haben starke Themen: eine Ausbildungsvergütung, die in Berlin mit seinen übermäßigen Mieten und der derzeitigen Inflation, die junge Menschen in reale Nöte treibt, zum Leben reicht. Sie haben Erwartungen an eine qualitativ gute Ausbildung, die die Weichenstellung für ein gutes Leben sichert, und schon jetzt die Überlegungen, wie es nach der Ausbildung mit der Übernahme aussieht, um einen guten und sicheren Arbeitsplatz in diesen schwierigen Zeiten für die Zukunft zu haben. Die Gewerkschaftsjugend ist unsere Zukunft und unser Hier & Jetzt, deshalb brauchen wir viele junge engagierte Menschen, die in ver.di ihr zu Hause finden.

### **Arbeitgeberseite erklärt die Tarifverhandlungen bei den Stadtwerken Cottbus Verbund für gescheitert**

Nach fünf Verhandlungsrunden konnten wir uns mit der Arbeitgeberseite auf einen Kompromiss verständigen. Leider hat die Arbeitgeberseite den jedoch am Ende der Erklärungsfrist abgelehnt und somit die Verhandlungen für gescheitert erklärt.

Die Geschäftsführung hat die Auffassung, dass es den etwa 200 Beschäftigten nur um mehr Geld und nicht um einen Tarifvertrag gehe. Darum hat der Arbeitgeber die Entgelterhöhung, die ver.di in der Einigung erzielt hat, jedem Beschäftigten per Einzelvertrag angeboten. Sein Ziel, uns als Gewerkschaft zu schwächen und die Beschäftigten zum Austritt zu bewegen, ist aber nicht aufgegangen.

In einer Mitgliederversammlung haben die Beschäftigten ver.di bestärkt. Sie wollen sich diesen Umgang nicht mehr von ihrer Geschäftsführung bieten lassen wollen und für alle vergleichbare Arbeitsbedingungen durchsetzen – egal ob lange beschäftigt oder erst neu dabei.

Ende September sind knapp 70 Beschäftigte unserer Einladung gefolgt, der Stadtverordnetenversammlung einen passenden Empfang vor dem Eingang des Stadthauses zu bereiten. Auch der Geschäftsführer der Stadtwerke Gruppe dürfte sich persönlich ein Bild davon machen, was seine Beschäftigten von seinem Vorgehen halten.

Für einen Betrieb, der zu 75 Prozent in öffentlicher Hand ist, die gerade SPD-geführt ist, ist es uns unverständlich, warum hier nicht dafür gesorgt wird, dass es einen wertschätzenden Tarifvertrag gibt.

Weitere Aktionen werden folgen, um für unsere über hundert Mitglieder endlich einen Tarifvertrag durchzusetzen.



## **Fachbereich C – Gesundheit, Soziale Dienste, Bildung und Wissenschaft**

### **Streik und Kundgebung von PTG Berlin und AWO Berlin**

Aktuell laufen die [Tarifverhandlungen für die Paritätische Tarifgemeinschaft Berlin und die AWO Berlin](#). In diesem Zusammenhang hat am Donnerstag, den 21.09.2023 ein gemeinsamer Streik und eine Kundgebung vor dem Abgeordnetenhaus unter dem Motto „Freie Träger, faire Löhne - Gleichbehandlung jetzt!“ stattgefunden.



## **Lohnerhöhungen für AWO Bezirksverband Potsdam und Seniorenzentren Brandenburg**

Bei den Tarifverhandlungen für den AWO Bezirksverband Potsdam und die AWO Seniorenzentren Brandenburg haben ver.di und Arbeitgeber nach mehrstündigen Verhandlungen [eine Einigung über deutliche Lohnzuwächse](#) erzielt. Beim AWO Bezirksverband Potsdam erhöhen sich ab dem 1. Januar 2024 die Löhne um monatlich 100 Euro und zusätzlich um 4 Prozent. Am 1. Mai 2025 folgt eine weitere Erhöhung um 200 Euro und zusätzlich 3 Prozent.

## **Inflationsausgleich für nichtärztliche Beschäftigte und Auszubildende bei Elbe-Elster-Klinikum**

ver.di hat für die rund 700 nichtärztlichen Beschäftigten des kreiseigenen Elbe-Elster-Klinikums im Landkreis Elbe-Elster [eine Inflationsausgleichszahlung in Höhe von insgesamt 3.000 Euro](#) vereinbart. Die Auszubildenden erhalten 1.500 Euro. Im Januar 2024 werden die Tarifverhandlungen zur Entgelterhöhung fortgesetzt.

## **Sana Kliniken Niederlausitz: Tarifeinigung 12 Prozent Lohnerhöhung plus Inflationsausgleich**

Nach der [Tarifeinigung](#) erhalten die rund tausend nichtärztlichen Beschäftigten spätestens im Dezember 2023 eine Inflationsausgleichszahlung in Höhe von 2.000 Euro, Auszubildende 750 Euro. Für die Monate Januar 2024 bis Mai 2024 zahlt der Arbeitgeber zusätzlich eine monatliche Inflationsausgleichszahlung an die Beschäftigten in Höhe von 200 Euro und an die Auszubildenden 75 Euro monatlich. Zum 1. Juni 2024 steigen die Entgelte um bis zu 9 Prozent. Zum 1. November 2024 erhöhen sich die Entgelte um weitere rund 3 Prozent.

## **Bis zu 20 (!) Prozent Lohnerhöhung bei der Paritätischen Tarifgemeinschaft Brandenburg**

Ver.di und die Paritätische Tarifgemeinschaft (PTG) haben eine [Tarifeinigung](#) erzielt. Die Tariferhöhung beträgt für die Beschäftigten mindestens 10,5 Prozent ab dem 1. Januar 2024. Zusätzliche Entgelterhöhungen für Beschäftigte mit langer Beschäftigungsdauer werden jedoch zu Gehaltssteigerungen von bis zu 16 Prozent führen. Für die Beschäftigten in der Hauswirtschaft in der ambulanten Pflege steigt das Entgelt sogar um bis zu 20 Prozent. Das niedrigste Stundenentgelt beträgt zukünftig 13,94 Euro.

## **Deutliche Lohnsteigerungen auch bei der AWO Schwedt**

Mit der [Tarifeinigung](#) haben ver.di und Arbeitgeberverband Wohlfahrt in Brandenburg ab 1. Juli 2023 eine Steigerung der Löhne zwischen 10 und 20 Prozent vereinbart. Darüber hinaus wird die Arbeitszeit der Beschäftigten von 40 auf 39 Stunden/Woche reduziert, sind die Zuschläge höher und wird die Ausbildungsvergütung angehoben. Außerdem haben ver.di und Arbeitgeber eine Inflationsausgleichsprämie in Höhe von 800 Euro für 2023 vereinbart. 2024 beträgt die Inflationsausgleichsprämie noch einmal 500 Euro. Ver.di-Mitglieder erhalten 300 Euro zusätzlich!



## **Cottbuser Carl-Thiem-Klinikum: 12,5 Prozent mehr Entgelt und 3.000 Euro Inflationsausgleich**

Ver.di und das Carl-Thiem-Klinikum haben sich auf Entgelterhöhungen von durchschnittlich 12,5 Prozent zum 1. April 2024 geeinigt. Dabei beträgt die niedrigste Entgelterhöhung rund 340 Euro bzw. 17,3 Prozent in der Entgeltgruppe 1. Bei einer Pflegefachkraft auf Normalstation mit mindestens 15-jähriger Betriebszugehörigkeit erhöht sich das monatliche Tabellenentgelt zum 1. April 2024 um 444 EUR oder 12,9 Prozent. Die Ausbildungsvergütung erhöht sich zum 1. April 2024 um 150 €. Mit der [Tarifeinigung](#) haben ver.di und Arbeitgeber einen steuerfreien Inflationsausgleich von insgesamt 3.000 Euro, für Auszubildende in Höhe von 1.500 Euro vereinbart.

## **12 Prozent Lohnsteigerung: Ver.di und DRK Kliniken Berlin einigen sich auf Tarifabschluss**

In den Tarifverhandlungen haben ver.di und DRK Kliniken in Berlin im Oktober [ein Ergebnis mit durchschnittlich 12 Prozent Lohnsteigerung](#) vereinbart. Vorausgegangen war der [erste Streik der DRK Kliniken Berlin seit Jahrzehnten](#). Mit überwältigender Beteiligung: Über 700 Beschäftigte setzten ein klares Zeichen für ihre Tarifforderungen. Sieben Stationen müssen geschlossen werden.

## **Jüdisches Krankenhaus Berlin: Beschäftigte fordern mehr Personal durch Tarifvertrag**

Die Beschäftigten des Jüdischen Krankenhauses Berlin (JKB) [fordern einen Tarifvertrag Entlastung](#), wie ver.di ihn 2021 an den Kliniken Vivantes und Charité sowie zahlreichen anderen Krankenhäusern in Deutschland durchgesetzt hat. Die ver.di-Tarifkommission, bestehend aus Beschäftigten des JKB, hat den Vorstand des JKB hierfür am 12. September zu Verhandlungen aufgefordert und eine Frist von 50 Tagen gesetzt, um zu einem Tarifergebnis zu kommen.

Über 70 Prozent der nichtärztlichen Gesundheitsbeschäftigten am Jüdischen Krankenhaus stellen sich mit einer Fotopetition hinter die Forderung der ver.di-Tarifkommission. Ver.di-Aktive haben dem Vorstand die Petition mit den Profilbildern aller Unterstützenden übergeben.

Aus aktuellem Anlass machen wir deutlich: Diese Tarifbewegung ist völlig unabhängig vom aktuell eskalierten Konflikt in Israel/Palästina. Sie ist vor den Angriffen und Morden der Hamas vom 7. Oktober geplant und initiiert worden. Angriffe auf jüdische Institutionen in Deutschland sind Ausdruck einer menschenfeindlichen Ideologie. Wir solidarisieren uns mit den angegriffenen Institutionen. Das JKB ist in unseren Augen ein ganz normales Krankenhaus in Deutschland. Wie in vielen anderen Tarifbewegungen auch wollen die Beschäftigten für sich bessere Arbeitsbedingungen, auch um ihre Patient\*innen besser versorgen zu können. Nur darum geht es in dieser Tarifbewegung.



## **Rückführung der Krankenhaus-Töchter**

Im Koalitionsvertrag wurde es versprochen, der Regierende Bürgermeister hat es beim Arbeitnehmerempfang vor dem 1. Mai zugesagt: die Rückführung der Tochterbetriebe von Vivantes und Charité. Auch im Haushalt werden jetzt Mittel dafür geplant. Konkret passiert ist im letzten halben Jahr allerdings nichts. Ein klarer Zeitplan, wie ihn ver.di schon im Mai vorgeschlagen hatte, steht aus. ver.di fordert vom Senat, noch in 2024 einen klaren Zeitplan für die Rückführung vorzulegen und dabei auch die Frage der notwendigen und angemessenen Lohnerhöhungen für die Tochtergesellschaften in 2024 zu adressieren.

## **Nonnemacher: Brandenburger Krankenhäuser – jeden Gesundheitsstandort erhalten**

Am 5. Oktober 2023 organisierte ver.di eine Podiumsdiskussion zur Zukunft der Brandenburger Krankenhäuser in Potsdam. Vorausgegangen war ein sehr gut besuchtes Seminar für Betriebsräte zur geplanten Krankenhausreform. Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher, der Geschäftsführer der Brandenburgischen Krankenhausgesellschaft Michael Jacob, Betriebsrätin Annett Thielicke aus Eisenhüttenstadt und Gisela Neunhöffer, die stellvertretende Landesfachbereichsvorsitzende ver.di Berlin-Brandenburg, diskutierten die Auswirkungen der kommenden Krankenhausreform auf die Brandenburger Häuser.

Deutlich wurde: Die aktuelle prekäre Finanzsituation und die derzeit geplante Ausgestaltung der Reform gefährden den Bestand vieler Häuser. Es droht eine weitere Privatisierung, wenn die kleineren kommunalen Häuser und die Landkreise als Träger die notwendigen Strukturanpassungen aus eigener Kraft nicht stemmen können. Die Ministerin sagte zwar zu, sich für den Erhalt jedes Gesundheitsstandortes einzusetzen, dies könne aber auch in veränderter Form geschehen, etwa als „sektorenübergreifende Versorgung“. Wie dies konkret aussehen kann, was das für die Beschäftigten und die stationäre Krankenversorgung konkret bedeutet, wie die Ambulantisierung von Leistungen angesichts von Personalmangel bei Ärzt\*innen, Pfleger\*innen und weiteren Berufsgruppen gut gelingen kann, blieb weitgehend offen.

Das Publikum machte deutlich, dass die Probleme nicht gelöst werden können, solange das Fallpauschalen-System weiter Teil der Finanzierungslogik der Krankenhäuser bleibt und es daher kurzfristige finanzielle Stützungsmaßnahmen braucht. Gisela Neunhöffer betonte, an die Ministerin gerichtet: „Sie werden das Gesundheitssystem trotz, nicht mit dieser Reform aufrecht erhalten müssen. Dafür müssen Wege gefunden werden, die bedarfsnotwendigen Krankenhäuser zu erhalten.“ Auch den Elefanten im Raum, den starken Personalmangel, thematisierten die ver.di-Vertreterinnen auf dem Podium und das Publikum. Sie forderten gute Arbeits- und Entgeltbedingungen, um Menschen für die Arbeit in den Krankenhäusern zu begeistern und die jetzt schon vorhandenen Kolleg\*innen zu halten. Dafür biete die geplante Reform keine Lösung.

## **Freie und Soziale Träger Berlin**

Grundproblem der Branche ist, dass sich mit den Änderungen in den Refinanzierungssystemen ab den 2000er Jahren die Tarife in freien Trägern vom BAT, später TV-L und TVÖD



abgekoppelt haben. Andere freie Träger waren nie in der Fläche. Unsere Forderungen in den aktuellen Haushaltsverhandlungen lauten: Volle Refinanzierung des TV-L durch den Senat in allen Bereichen. Im Koalitionsvertrag steht: "Der Senat prüft, wie Träger in die Lage versetzt werden können, den TV-L zu zahlen."

In der Branche arbeitet ver.di derzeit an zwei größeren Projekten: [Tarifverhandlungen mit der AWO Berlin](#) und [Tarifverhandlungen mit dem Arbeitgeberverband Paritätische Tarifgemeinschaft](#), die in Berlin mit unter anderen dem Humanistischen Verband, der Volkssolidarität, des Unionhilfswerkes und der Nachbarschaftsheime elf Betriebe als Vollmitglieder hat. In diesem Zusammenhang haben wir Mitte September einen gemeinsamen Streik mit Kundgebung vor dem Abgeordnetenhaus unter dem Motto „Freie Träger, faire Löhne – Gleichbehandlung jetzt!“ gemacht.

Ziel ist es, in beiden Tarifprojekten die Lücke zum TV-L zu schließen. Die Hoffnung ist, dass durch gemeinsame Regelungen bei Arbeitsbedingungen und Löhnen das gegenseitige Unterbieten der freien Träger und die Sparpolitik der öffentlichen Hand endlich aufhören.

### **Tarifabschluss bei der Cooperative Mensch**

In Folge der Umsetzung der letzten Tarifeinigung zur erstmaligen Übernahme der TV-L-Regelungen inklusive SuE-Tabelle (SuE: Sozial und Erziehungsdienst) und ver.di-Vorteilsregelung bei der [Cooperative-Mensch](#) hat die Tarifkommissionen nach aufkommender Diskussion zu Überleitungsfragen angeregt, Tarifgespräche zu Anwendungsfragen und Entwicklungsmöglichkeiten mit dem Arbeitgeber zu führen. Nach drei Tarifgesprächen konnte ver.di deutliche Verbesserungen im Haustarifvertrag vereinbaren.

### **Fachbereich D**

#### **Streiks im Groß- und Außenhandel dauern an**

Im Fachbereich Handel dominieren die laufenden Tarifrunden im Einzel- und Großhandel für Berlin und Brandenburg. Bereits seit dem Sommer streiken die Beschäftigten in den beiden Branchen. ver.di fordert im Einzelhandel 2,50 Euro mehr Entgelt pro Stunde und ein Mindeststundenentgelt von 13,50 Euro pro Stunde. Im Großhandel fordert ver.di 13 Prozent mehr Lohn, außerdem für Einzel- Und Großhandel eine überproportionale Erhöhung der Ausbildungsvergütung. Darüber hinaus will ver.di gemeinsam mit den Arbeitgebern die Allgemeinverbindlichkeit des Tarifvertrags beantragen. Die Laufzeit der Tarifverträge soll so verkürzt werden, dass sie parallel mit den Handelstarifverträgen in den anderen Tarifgebieten enden. Bisher können die Beschäftigten in Berlin und Brandenburg erst mir drei Monaten Verspätung in die Verhandlungen eingreifen.

Die Arbeitgeber haben bisher lediglich Angebote vorgelegt, die auf einen Reallohnverlust hinauslaufen. Vor diesem Hintergrund ist die Streikbereitschaft enorm. In jeder Streikwelle treten mehr Beschäftigte in ver.di ein. Auf den großen gemeinsamen Kundgebungen von Einzel- und Großhandel solidarisieren sich immer wieder auch Politiker\*innen mit unserer Auseinandersetzung. Klar ist aber, wir müssen den Durchbruch aus eigener Kraft schaffen.

Die Unternehmen versuchen unterdessen, die Streikbereitschaft zu untergraben, indem sie einseitig die angebotene Lohnerhöhung zahlen. Mit diesem Schritt haben sie den Beschäftigten aber



lediglich deutlich gemacht, dass diese Lohnerhöhung für sie keine wirkliche Verbesserung bringt. Diese Arbeitgeber-Beruhigungsspielle hat sich als wirkungslos erwiesen und der Streikbereitschaft keinen Abbruch getan.

Inzwischen stellen wir uns bundesweit auf eine lange Auseinandersetzung ein, die bis ins Weihnachtsgeschäft andauern kann. Wir bitten alle Kolleg\*innen aus den anderen Branchen, den Beschäftigten im Handel ihre Solidarität zu zeigen. Ein unterstützendes Wort an der Kasse ist bereits viel Wert.

### **Migrantische Arbeiter\*innen in der Plattformökonomie organisieren**

Seit einiger Zeit machen die Beschäftigten der Lebensmittellieferdienste mit beeindruckenden Arbeitskämpfen und Selbstorganisation auf sich aufmerksam. Die Belegschaften dieser Unternehmen sind sehr international. Für uns als Gewerkschaft haben diese Auseinandersetzungen gezeigt, dass wir Antworten auf die Arbeitssituation in der Branche, aber auch für die speziellen Herausforderungen migrantischer Beschäftigter finden müssen. Deshalb haben wir ein Projekt gestartet, das speziell diese Belegschaften ansprechen soll. Am 1. Oktober hat dafür ein Projektsekretär die Arbeit aufgenommen. Wir hoffen, dass ver.di dadurch mit der internationalen Arbeiter\*innenklasse in dieser Stadt in einen engeren Austausch kommt.

### **Fachbereich E – Postdienste, Spedition und Logistik**

#### **Tarifergebnis bei der PIN AG Berlin**

In der dritten Verhandlungsrunde im September hat sich die ver.di-Tarifkommission mit der Arbeitgeberin auf folgendes Ergebnis geeinigt: Im 4. Quartal 2023 erhalten die Beschäftigten Inflationsausgleichs Sonderzahlungen in Höhe von insgesamt 765 Euro, in der 2. Jahreshälfte 2024 dann nochmals 865 Euro. Außerdem steigen die Entgelte tabellenwirksam über die gesamte Laufzeit des Tarifvertrages von 25 Monaten um 10,98 Prozent. Die Wochenarbeitszeit wird ab 1. Januar 2024 von 40 auf 39 Stunden bei vollem Lohnausgleich reduziert. Ver.di und PIN AG Berlin haben den Haustarifvertrag erstmals im Januar 2014 abgeschlossen und seitdem kontinuierlich weiterentwickelt.

#### **Das neue Postgesetz – ver.di warnt vor Stellenabbau und schlechteren Arbeitsbedingungen**

Am 9. Oktober haben 30.000 Postbeschäftigte aus dem ganzen Bundesgebiet am Brandenburger Tor für die Zukunft ihrer Arbeitsplätze demonstriert. Mit der Großkundgebung, auf der auch Frank Werneke und Andrea Kocsis sprachen, haben sie ein deutliches Zeichen an die Politik gesendet.

Die Ampelregierung arbeitet daran, das Postgesetz zu novellieren, ein entsprechender Referentenentwurf des Bundeswirtschaftsministeriums wird in Kürze erwartet. Bisher liegen Eckpunkte vor, die deutlich machen, dass Teile des Wirtschaftsministeriums der Meinung sind, mehr Wettbewerb sollte die Grundlage des neuen Gesetzes sein. Das halten wir für falsch.

Bereits bei der Privatisierung des Briefmarktes war klar, dass die Briefsendungen durch die technische und digitale Transformation nicht zunehmen, sondern weniger werden. Die Politik führte den Wettbewerb in einem schon damals schrumpfenden Briefmarkt ein, der dann ausschließlich über die Arbeitsbedingungen ausgetragen wurde — andere EU-Länder haben die Liberalisierung des Briefmarktes deshalb gar nicht erst umgesetzt. Die geplante Reform des Postgesetzes erfüllt die Beschäftigten, Betriebsräte





der Post AG und ver.di deshalb mit großer Sorge. Sie fürchten um die gesetzliche Grundlage für den Schutz der bestehenden Arbeitsbedingungen bei der Deutschen Post AG.

Es gibt politische Pläne, das Verfahren zur Lizenzierung von Briefen für die Mitbewerber der Post abzuschaffen. Wir dagegen sagen: Gerade die Mitbewerber, die zu 99 Prozent ihr Geschäftsmodell über schlechte Arbeitsbedingungen austragen, müssen kontrolliert werden. Als bundesweit einziger Mitbewerber auf dem Briefmarkt hat die PIN AG in Berlin tariflich geschützte Arbeitsbedingungen; seit 2014 besteht mit ver.di ein Haustarifvertrag.

Deshalb muss das Gegenteil passieren. Wir setzen uns dafür ein, dass die Lizenzpflicht, die bislang nur für Briefdienstleistungen gilt, erhalten bleibt und auch auf die Paketdienstleister ausgeweitet wird, damit die Lizenzen bei Verstößen gegen Arbeitsschutzgesetze und Steuer- und Sozialabgabenhinterziehungen auch wieder entzogen werden können.

Eine weitere wirtschaftsliberale Novellierung des Postgesetzes würde eindeutig zu Lasten der Deutschen Post AG gehen und damit die in der Branche besten Arbeitsbedingungen und letztlich zehntausende der 180.000 Arbeitsplätze gefährden. Es ist absurd, in einem schrumpfenden Briefmarkt mehr Wettbewerb zu fordern. Mehr Wettbewerb würde hier ausschließlich über die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer\*innen ausgetragen mit der Folge, dass die Arbeitsplätze bei der Deutschen Post massiv unter Druck geraten. Zudem besteht die Gefahr, dass der barrierefreie Zugang zu Postdienstleistungen und damit die flächendeckende Postversorgung für die Bürger\*innen verschlechtert würde.

Ver.di setzt sich dafür ein, dass das Postgesetz die Grundlage schafft, die Postdienste zukunftsfähig zu machen. Es muss eine Lizenzpflicht geben, die Lohn- und Sozialdumping beendet und verhindert. Wir brauchen eine solide Grundlage für zukunftssichere und tarifgebundene Arbeitsplätze.

Die Aufgabe der Politik ist es, ein Postgesetz auf den Weg zu bringen, das die Arbeitsplätze in tarifgebundenen Unternehmen dauerhaft schützt und die grundlegende Versorgung der Bevölkerung mit Postdiensten gewährleistet.

## Jugend

Die letzten Wochen standen im Zeichen des Ausbildungs- und Studienstarts. Zahlreiche neue Kolleg\*innen kommen in den Betrieben und Dienststellen an. Da sind wir alle gefragt: Sprecht sie an und überzeugt sie, bei ver.di dabei zu sein! Denn wir brauchen neue Kolleg\*innen in unserer ver.di. Bei Charité und Vivantes sowie in der Telekom gründen sich neue Jugendaktiven-Strukturen. Die Tarifrunde der Länder wird das Jahresende prägen.

## Organisatorisches / Termine

### Wir ziehen um!

Der ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg und der ver.di Bezirk Berlin ziehen zum 1. Dezember an den neuen Standort um: Am Bahnhof Westend 3, 14059 Berlin. Unsere Erreichbarkeit wird in der Zeit eingeschränkt sein.

Unsere Telefonnummern (030.88666) und E-Mail-Adressen bleiben gleich, für persönliche Anliegen rund um die Mitgliedschaft wendet euch bitte an [service.bb@verdi.de](mailto:service.bb@verdi.de) oder [meine ver.di](#).



Service- und Beratungsleistungen: Aufgrund des Umzug können wir in den Monaten November und Dezember 2023 am Standort Köpenicker Straße keine Beratungen anbieten. Bitte informiert Euch über [unsere Internetseiten](#) über die Beratungsangebote.

---

Wir freuen uns sehr über Euer Feedback zum Newsletter. Bitte sendet uns Eure Rückmeldungen nicht an die Mailadresse des Newsletters, sondern nutzt dafür diese Bezirksadressen: [bezirk.berlin@verdi.de](mailto:bezirk.berlin@verdi.de) oder [bz.berlin@verdi.de](mailto:bz.berlin@verdi.de). Den Newsletter abonniert Ihr per [E-Mail](#). Die Datenschutzhinweise lest Ihr [hier](#).

V.i.S.d.P.: Andrea Kühnemann, Landesbezirksleiterin ver.di LBZ BB, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin, Telefon: 030-88666.

